

# BERLINER RUNDSCHAU

## PROGRAMM-DIALOG AUF ALLEN LEITUNGEN

CDU Berlin kümmert sich um die  
100 drängendsten Probleme



CDU-Spitzenkandidat  
Frank Henkel:

„Die Berliner wollen  
mitreden“

Seite 5



Berliner Union  
fordert:

Opferschutz geht vor  
Datenschutz

Seite 6



Programm-Dialog: Erste  
Probleme ausgewählt

Das muss sich in Berlin  
ändern!

Seite 8-9

# Das sagen Sie – eine Auswahl

**Ulla M. 2011-03-24 17:24**  
So lange, wie in Berlin die Lehrer nicht verbeamtet werden, so lange wird Berlin den Lehrermangel behalten. Berlin bildet die Lehrer teuer aus und bietet ihnen anschließend nichts!

**Paul M. 2011-03-15 17:43**  
Bei unserem Sohn fallen täglich diverse Stunden am Gymnasium aus.  
... Wie sollen diese Jugendlichen das Abitur schaffen? ...

**Kiki 2011-03-20 13:47**  
Besonders die Jugendlichen sind gar nicht willens oder im Stande, ein sachliches Gespräch zu führen. Machogehabe, Fäkalsprache, Drohungen sind alles. Da hat man dann schon Angst vor einem 10jährigen, hinter dem ja auch gleich eine ganze Familie steht.

Grund mehr, das Eigentum aller und/oder anderer zu achten und sorgsam damit umzugehen..

**V., Manfred 2011-03-16 11:48**  
Die Verlängerung der A100 hätte schon längst fertig sein müssen. Die Gegner der Autobahn sollten doch mal die Rudower und Britzer fragen wie gut es sich wohnt, seit dem die Autobahn nach Schönefeld fertig wurde.

**Henry W. 2011-03-09 07:56**  
Ich bin für die Verlängerung der A 100, damit die Verkehrsbindung von Nord- und Ostberlin verbessert wird. Gleichzeitig halte ich die Bundesmittel für ein ordentlichen Konjunkturpaket für unsere arme Stadt, welches die regionale Wirtschaft stärken wird. ...

**u.w. 2011-03-16 16:19**  
Als Gutachter für Maschinen sehe ich immer wieder, dass in Berlin industrielle Arbeitsplätze fehlen.

**R.W. 2011-03-15 15:55**  
Durch die Schwerfälligkeit der diversen Verwaltungen ist jeder Investor in Berlin mehr als genervt. Warum für ein Projekt bis zu 14 Behörden ihren Senf dazu geben müssen, ist dringlichst abzuschaffen.

**Christina M. 2011-03-13 17:48**  
Warum nicht auch mal ... ein Kiezfest mit Pflanzaktion organisieren? Was man als ‚Eigenes‘ erachtet, pflegt man. Da braucht es nicht viel Geld, sondern vor allem ein ‚Unser‘-Gefühl. Genau das sollten wir stärken.

**Benjamin P. 2011-03-12 15:51**  
Schafft es die Berliner S-Bahn nicht, Ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, so hat diese auch kein Anspruch auf die volle Summe. Das zuviel gezahlte Geld, welches der Berliner Senat an die S-Bahn Berlin bisher immer gezahlt hat, sollte lieber an die BVG gezahlt werden, damit diese Ersatztransportmöglichkeiten zur Verfügung stellen kann. ...

**Gisela S. 2011-03-16 13:44**  
Schön wäre es, wenn Mann/ Frau wieder ohne Angst auch am Abend auf die Straße gehen könnte. Mehr Polizeipräsenz könnte ein erster Schritt sein. ... Die Polizei braucht Rückhalt, eine gute Ausstattung und vor allem mehr Personal.

**Monika S. 2011-03-12 23:19**  
Es fehlt in der Stadt die entsprechende Polizeipräsenz.



**Anja 2011-03-11 18:16**  
Nicht die Mehrheit passt sich einer Minderheit an, sondern umgekehrt. Das heißt natürlich nicht, dass die Bedürfnisse einer Minderheit unter den Teppich gekehrt werden sollen (das wäre ja lächerlich und will ja niemand) - ganz im Gegenteil. ... Kritiker werden in die rechte Ecke gestellt und irgendwann wird dann laut aufgeschrien, wenn die Rechten auf einmal enormen Zulauf bekommen.

**Reinhard W. M. 2011-03-20 18:20**  
Das ist ein nicht hinzunehmender Skandal. Drogenhändler müssen umgehend in Gewahrsam genommen werden; eine Verurteilung muss schnell erfolgen.

**Mareen K. 2011-03-27 12:50**  
Der äußere Verfall überträgt sich zwangsläufig auf die innere Haltung. Sind die Strassen kaputt und dreckig, habe ich keinen

# PROGRAMM-DIALOG AUF ALLEN LEITUNGEN

Für viel Aufsehen bei den Berliner Medien hat die neue und bislang einzigartige Programmdiskussion der Berliner CDU gesorgt, bei der alle Berlinerinnen und Berliner über die 100 drängendsten Probleme der Stadt mitreden und mitdiskutieren dürfen.

nigen Probleme als die wichtigsten heraus, die schon bei der Online-Befragung am häufigsten benannt wurden. Der Unterrichtsausfall an den Schulen, der rote Kulturkampf gegen die Gymnasien, die Verwahrlosung des Stadtbildes, die zunehmende Brutalität bei den Straftaten und



CDU-Spitzenkandidat Frank Henkel sprach mit über 450 Berlinerinnen und Berlinern in Berlins größter Telefonkonferenz.

Ob WELT oder taz, alle lobten die Berliner Union als „innovativste der etablierten Parteien“ (taz, s.a. rechts). Und in der Tat ist die Programmdiskussion auf dem Portal www.richtig-fuer-berlin.de (für ältere Browser: www.richtig-fuer-berlin.de) eine sehr erfolgreiche Neuerung in der langen Geschichte von Wahlprogrammen. Schon in den ersten Tagen, als die Internetplattform nur für Mitglieder der CDU geöffnet war, gab es hunderte Klicks, dutzende Kommentare und viele neue Vorschläge. In der zweiten Stufe wurde dann die gesamte Berliner Bevölkerung über Plakatflächen in der Stadt zur Diskussion im Internet oder per Telefon eingeladen und einige hundert Multiplikatoren aus Verbänden, Vereinen und aus der Berliner Wirtschaft wurden persönlich angeschrieben. Bis Ende März war die Zahl der Seitenaufrufe auf weit über 40.000 angestiegen, über 200 neue Vorschläge für das Programm waren eingegangen und über 500 Kommentare wurden abgegeben. Am 5. April gab es dann eine weitere Möglichkeit, sich an der Entscheidung über das Berliner Programm zu beteiligen: an diesem Abend startete die erste große Telefonkonferenz mit dem CDU-Spitzenkandidaten Frank Henkel. Hunderte von Anrufern nutzten diese exklusive Möglichkeit, um mit Frank Henkel über die sie interessierenden Fragen zu sprechen. Die Bandbreite der gestellten Fragen war groß, insgesamt stellten sich jedoch auch hier dieje-

die Stellung Berlins als das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote liegen derzeit in der Bewertung der Berlinerinnen und Berliner vorne. Ihnen folgen die Rolle Berlins als Wirtschaftsstandort sowie kulturelle und soziale Fragestellungen. Frank Henkel nahm die Stichworte gerne auf und gemeinsam mit Moderator Thomas Heilmann, dem Vorsitzenden der Programmkommission, skizzierte er bereits erste Antworten, welche die Berliner CDU in ihrem endgültigen Programm auf diese Frage geben wird. Er betonte, wie schon bei seiner Rede auf dem Parteitag im Februar, dass Berlin die verloren gegangene Normalität wiedergewinnen müsse. Er verspreche nicht jedes Problem sofort und ad hoc lösen zu können, er werde jedoch als Regierender Bürgermeister dafür sorgen, dass die Probleme der Stadt so offen angesprochen werden können, wie dies auf der Internetseite zur Programmdiskussion geschehe und Lösungen dort voranzutreiben, wo dies direkt möglich sei. Denn mit diesem Highlight ist die Debatte noch nicht ganz abgeschlossen. Mitte April wird die Internetplattform geschlossen und alle Eingaben werden noch einmal ausgewertet. Die Programmkommission wird danach zeitnah den Entwurf des 100-Punkte-Programms vorlegen. Über den Entwurf entscheidet abschließend am 6. Mai der Landesparteitag im Neuköllner Estrel-Hotel.



## ROT-ROT: AUTOSUGGESTION UND FÜHRUNGSKRISE

Auch wenn die Medien sich zu den Landtagswahlen in Südwestdeutschland auf andere Schwerpunkte gestürzt haben: Bei Lichte betrachtet, waren die Urnengänge vor allem auch für die rot-roten Regierungsparteien Berlins ein Desaster.

**MINUS-NEUN-KOMMA-NEUN. MINUS-ZWEI-KOMMA-EINS. Allein im kleinen Rheinland-Pfalz kehrten 140.000 Wahlbürger den Sozis den Rücken. Unter organisierten Arbeitern schrumpfte das SPD-Ergebnis um 17 Prozentpunkte. Die Verluste unter den Jungwählern liegen bei mehr als 16 Prozent. In Baden-Württemberg hagelte es das schlechteste SPD-Wahlergebnis aller Zeiten. Die Sozialdemokraten gewannen nur einen einzigen der 70 Wahlkreise. Der sozialdemokratische Jubel für die TV-Kameras wirkte mehr als aufgesetzt.**

**MINUS-SECHS-KOMMA-VIER. MINUS-NULL-KOMMA-DREI.**  
Das sind die Zahlen des dunkelroten Berliner Koalitionspartners in Südwestdeutschland. Verloren hat die Linke schwerpunktmäßig bei jungen Wählerinnen und Wählern sowie bei Arbeitern, vor allem bei gewerkschaftlich organisierten. Für linke Parlamentssitze hat es nicht gereicht. Aber für eine veritable innerparteiliche Flügel- und Führungsdebatte.

SPD und Linke sind mit sich selbst beschäftigt. Auf Unterstützung von außen brauchen Berlins rot-rote Koalitionsparteien im Herbst also nicht zu hoffen.

# DAS SAGEN DIE MEDIEN



„Henkel mit Headset - Der CDU-Spitzenkandidat diskutiert in einer Bürger-Telefonkonferenz mit seinen Anhängern - und alle konnten mithören“  
Berliner Zeitung, 6. April 2011

„Die CDU ist ganz Ohr“  
Tagesspiegel, 5. April 2011

„Wahlprogramm zum Mitmachen. Das ist die neueste Methode der politischen Kommunikation“  
Tagesspiegel, 5. April 2011

„Während man bei der SPD das Wahlprogramm nur kommentieren kann, ruft die CDU auf „Richtig-für-Berlin.de“ gleich zur Mitgestaltung ihres 100- Punkte-Wahlprogramms auf.“  
Tagesspiegel, 5. April 2011

„CDU nimmt Bürger-Ideen ins Wahlprogramm auf“  
Berliner Morgenpost, 5. April 2011

„Sagen Sie Frank Henkel, was Sie in Berlin stört!“  
BILD, 5. April 2011

„Bürger können sich mit Fragen oder Kommentaren beteiligen – Henkel will direkt Rede und Antwort stehen.“  
BILD, 5. April 2011

„Die erste „Bürger-Telefonkonferenz“ in Deutschland funktioniert wie eine Radiodiskussion: Anrufer können sich mit Kommentaren beteiligen oder einfach nur zuhören.“  
Berliner Zeitung, 5. April 2011

„... innovative Programmarbeit...“  
„Das Wahlprogramm soll nicht wie üblich nur in Parteigremien diskutiert werden, sondern unter breiter Mitwirkung der Bevölkerung entstehen.“  
Berliner Zeitung, 15. März 2011

„Berliner sollen CDU-Wahlprogramm mitgestalten.“  
Berliner Morgenpost, 15. März 2011

„CDU präsentiert Wahlprogramm zum Mitmachen.“  
Tagesspiegel, 15. März 2011

„Schon in der Probephase wurde rege diskutiert.“  
Tagesspiegel, 15. März 2011

„Mehr als bisher bei Parteien üblich sollen die Wähler das Programm, das die 100 wichtigsten Probleme Berlins benennt, zumindest mitbestimmen können.“  
taz, 15. März 2011

# Programmdialog auf Papier

Die letzte Sonderausgabe der Berliner Rundschau wurde von der Praktikantin der CDU Berlin, Büsra Kahriman, vorgestellt. Auch mit diesem neuen Format, das in einer Auflage von 30.000 Exemplaren über die Kreis- und Ortsverbände ausgegeben wurde, geht die CDU neue Wege. Im Prinzip ist die neuste Ausgabe ein riesiges Plakat, oder besser noch zwei Plakate auf kleinstem Raum. Vorne wirbt Frank Henkel für die neuste Kampagne „Richtig für Berlin“. Im Format A2 werden die Bürger Berlins aufgerufen, auf Probleme der Stadt aufmerksam zu machen und sich aktiv an der Problemlösungsfindung zu beteiligen. Auf der entfalteten Rückseite findet sich im A1-Format ein Zwischenstand der drängendsten Probleme Berlins, die die CDU ändern will. Die 16-jährige Schülerin der Georg-von-Giesche-Schule leistet ein 3-wöchiges Praktikum in der Landesgeschäftsstelle der CDU ab. Hier gewinnt sie einen Einblick in das tagtägliche politische Leben einer Großstadtpartei und möchte einen vertiefenden Einblick in das politische System Deutschlands erlangen. Ein Besuch im Deutschen Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus runden ihr Praktikum angemessen ab. Büsra Kahriman: „Es ist spannend zu sehen, wie Politik gemacht wird.“



Auf über 220 Großflächen warb der CDU-Spitzenkandidat Frank Henkel für den Programmdialog.

# Frank Henkel im Interview:



„Die Berliner wollen mitreden“

Frank Henkel (r.) in der vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Heilmann (l.) geleiteten Telefonkonferenz im Saal der CDU-Landesgeschäftsstelle.

**BR:** Die Berliner CDU hat im Internet unter [www.richtig-fuer-berlin.de](http://www.richtig-fuer-berlin.de) eine berlinweite Programmdiskussion gestartet. Wie viel Einfluss haben die Bürgerinnen und Bürger denn tatsächlich auf Ihr Wahlprogramm?

**Frank Henkel:** Die Berliner CDU hat auch in der Vergangenheit offene Programmdiskussionen geführt, an denen sich Mitglieder, aber auch Bürger und Verbände beteiligen konnten. Die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, war jedoch nie so groß wie heute.

**BR:** Wie äußert sich dieser Einfluss?

**Frank Henkel:** Die CDU Berlin hat in einem ersten Schritt über 150 wichtige Probleme identifiziert, die in unserer Stadt gelöst werden müssen, und diese zur Debatte gestellt. Die Berlinerinnen und Berliner konnten diese Vorschläge nicht nur kommentieren, sondern auch eigene Probleme und Lösungen vorschlagen und bewerten, welche Themen ihnen wirklich wichtig sind. Die Ergebnisse dieser Bürgerbeteiligung nehmen wir natürlich ernst. Andere Parteien reden gerne über Partizipation, wir machen sie möglich.

**BR:** Sind Sie zufrieden mit der bisherigen Resonanz?

**Frank Henkel:** Ja, sehr sogar. Innerhalb von zwei Wochen hat es über 40.000 Seitenaufrufe gegeben. Das zeigt, dass es einen großen Bedarf gibt, sich zu artikulieren, dass die Menschen gehört werden wollen. Wir wissen, dass es in der Bevölkerung großen Unmut gibt über die vielen Dinge, die

in Berlin nicht richtig funktionieren. Dem wollen wir ein Ventil geben und eine konstruktive Debatte ermöglichen. Wir könnten es uns leicht machen und nur mit dem Finger auf den rot-roten Senat zeigen. Aber wir wollen Verantwortung übernehmen und selbst Lösungen anbieten.



Auch die Bundes-CDU bewarb die Telefonkonferenz auf Seite 1 ihrer Homepage.

**BR:** Was hat die Debatte ergeben?

**Frank Henkel:** An der Debatte lässt sich gut ablesen, was die Menschen wirklich bewegt. Kriminalität ist ein ganz großes Thema. Die vielen brutalen Übergriffe in der letzten Zeit, vor allem die Gewalt in den öffentlichen Verkehrsmitteln, haben das Vertrauen der Menschen erschüttert. Aber auch die Themen Bildung und Integration wurden heiß diskutiert.

**BR:** Gibt es weitere Möglichkeiten zur Beteiligung?

**Frank Henkel:** Die Online-Diskussion ist ein wichtiger Baustein. Wir haben uns ganz bewusst für diesen Weg entschieden, weil er viele Möglichkeiten eröffnet. Aber natürlich gibt es weitere Angebote, etwa Veranstaltungen in den Kreis- und Ortsverbänden. Mit unserer Telefonkonferenz wollten wir auch denjenigen die Möglichkeit geben, die sich nicht im Internet beteiligen wollten oder konnten. Es ist unser Ziel, möglichst viele Menschen anzusprechen und zu motivieren, gemeinsam mit uns die Probleme in Berlin anzupacken. Der einzelne mag sich nicht stark genug fühlen, aber zusammen können wir etwas bewegen.



**BR:** Die CDU setzt auf Bürgerbeteiligung - auch bei politischen Entscheidungen?

**Frank Henkel:** Politik ist in der Verantwortung, Entscheidungen zu treffen. Dafür werden wir gewählt. Das betrifft auch Entscheidungen über große Infrastrukturprojekte, wie etwa die A100. Aber selbstbewusste Politik und Bürgerbeteiligung sind kein Widerspruch. Sie sollten sich ergänzen, zum Beispiel, indem man Menschen zuhört und sie frühzeitig in Planungen einbezieht. Klaus Wowereit hat bei den Flugrouten-Protesten schmerzhaft erfahren müssen, was passiert, wenn man sich einfach über die Köpfe der Menschen hinwegsetzt.



# Die Angst fährt mit

**Fast keine Woche vergeht ohne Meldungen über brutale Übergriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Bahnhöfen. Zur besseren Aufklärung dieser Straftaten fordert die Berliner CDU bereits seit Jahren die Verlängerung der Speicherfrist von Überwachungsaufnahmen. Der rot-rote Senat hat das bisher abgelehnt.**

Der brutale Überfall auf dem U-Bahnhof Lichtenberg, bei dem vier Jugendliche den 30-jährigen Maler Marcel R. ins Koma prägeln, war ein weiterer trauriger Höhepunkt in einer ganzen Reihe von gewalttätigen



Übergriffen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Täter konnten nur dank der Überwachungsaufzeichnungen ermittelt werden. Ein Zufall, denn die Aufnahmen wurden rechtzeitig gesichert und nicht schon nach

der gesetzlich vorgeschriebenen Speicherfrist von 24 Stunden gelöscht. So viel Glück haben die Strafverfolgungsbehörden aber nicht immer – bis zu 60 mal im Jahr muss die BVG laut Aussage der BVG-Chefin Sigrid Nikutta der Polizei eine Absage erteilen, weil die Aufzeichnungen bereits gelöscht sind. „Schwerste Körperverletzungs- und Raubdelikte können auf diese Weise häufig nicht ausreichend ermittelt werden, weil sich viele Opfer – wenn überhaupt – erst nach einer gewissen Zeit in der Lage sehen, Anzeige zu erstatten“, so der Spitzenkandidat der Berliner CDU zur Abgeordnetenhauswahl am 18. September, Frank Henkel. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin nun schon zum wiederholten Male einen parlamentarischen Antrag zur Verlängerung der Speicherfrist von Überwachungsaufnahmen von 24 auf 48 Stunden eingebracht. „Wir sagen klipp und klar: Opferschutz geht vor Datenschutz“, ist sich Spitzenkandidat Henkel mit dem sicherheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Robbin Juhnke, einig. Bereits vor zwei Jahren hatte die CDU mit einem ähnlichen Antrag die Gesetzesänderung gefordert. „Unser Antrag wurde damals mit den Stimmen der Regierungskoalition von SPD und Linke abgelehnt“, so Juhnke. Mit der Verlängerung der Speicherfrist allein ist der Jugendgewalt in Berlin nach Meinung der CDU jedoch nicht beizukommen. Deshalb haben die Christdemokraten schon im Jahr 2007 einen umfassenden Maßnahmenkatalog vorgelegt, der Vorschläge enthält, um die Gewaltkriminalität im Bereich der Jugendlichen in den Griff zu bekommen. Darin ist neben dem Ausbau des sogenannten „Neuköllner Modells“, das eine schnelle Bestrafung von jugendlichen Tätern vorsieht, unter anderem die Einrichtung von geschlossenen Heimen und die stärkere Nutzung erzieherischer Maßnahmen als Formen der Sanktion vorgesehen. „Zu einem effektiven Kampf gegen Jugendkriminalität gehört aber auch, dass Gewaltprävention nicht weggekürzt werden darf. Prävention muss so früh wie möglich ansetzen“, betont Juhnke. Spitzenkandidat Henkel stellt klar: „Die zunehmende Verrohung muss endlich gestoppt werden. Der öffentliche Raum gehört den Berlinerinnen und Berlinern und nicht gewalttätigen Jugendbänden.“

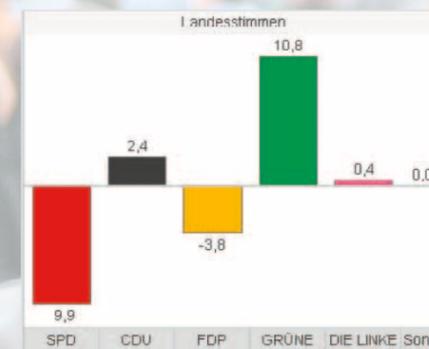
# Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vom 27. März 2011

*Beide Wahlergebnisse bestätigen einmal mehr die Erkenntnisse der Wahlforscher: Immer mehr Wähler sind parteilich ungebunden und entscheiden ihr Stimmverhalten aufgrund aktueller politischer Ereignisse sowie ihrer Einschätzung der Spitzenkandidaten der Parteien. Auch konkretisieren diese ungebundenen Wähler ihre Wahlabsicht zeitlich immer später.*

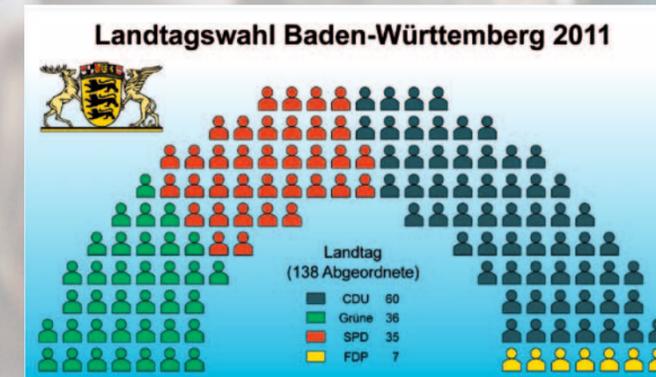
Beide Landtagswahlen haben mit den Grünen einen eindeutigen Gewinner, die CDU gilt als Verlierer, der auch ein wenig gewonnen hat. Währenddessen stellt sich die SPD trotz ihrer Verluste in beiden Ländern als Gewinner dar, weil sie im einen Land von den Grünen mit in die Regierung genommen und im anderen in der Regierung gerettet wird. Eindeutige Verlierer sind FDP und Linke.

Beide Landtagswahlen fanden unter dem Eindruck der globalen Auswirkungen der Reaktorkatastrophe in Japan sowie der dadurch beeinflussten bundespolitischen Großwetterlage statt. Die Reaktorkatastrophe hat latente Ängste vieler Menschen vor der Kernenergie dramatisch aktualisiert. Repräsentative Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen in beiden Ländern kurz vor den Wahlen ergaben, dass sich mehr als 50% der Befragten für einen schnellen Ausstieg aus der Kernenergie aussprachen und 63% in Baden-Württemberg sowie 52% in Rheinland-Pfalz angaben, ihre Wahlentscheidung werde von diesem Vorfall beeinflusst werden. Dass die Schreckensmeldungen aus Japan zumindest für den größten Teil der Zugewinne der Grünen kausal sind, geht aus Umfragen vor der Katastrophe hervor. Die Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen zeigt, dass die Grünen in beiden Ländern, neben vielen früheren Nicht- und Jungwählern, von allen Parteien gewonnen haben. Die größten Zu-

gewinne kamen aber von der SPD, was deren schlechtes Abschneiden in beiden Wahlgebieten erklärt. In beiden Ländern haben aber auch die landesspezifischen Bedingungen, wie das Ansehen der Spitzenkandidaten und das der Landesparteien, sowie die Bedeutung landespolitisch umstrittener Themen, wie z.B. Stuttgart 21 in Baden-Württemberg oder der Freizeitpark Nürburgring in Rheinland-Pfalz, eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Diese Gemengelage erklärt, warum es in beiden Ländern die Regierungsparteien auch ohne die dramatischen Nachrichten aus Japan schwer gehabt hätten, ihre bisherigen Stimmenanteile zu halten. Dass es unter diesen schwierigen Bedingungen der CDU in Rheinland-Pfalz gelungen ist ihr Ergebnis zu verbessern und zur SPD aufzuschließen, verdankt sie ihrer Spitzenkandidatin Julia Klöckner. Die guten Beurteilungen ihrer Spitzenkandidatin in den Umfragen machen der rheinlandpfälzischen CDU Mut für die Zukunft. Die beiden Landtagswahlen haben ein weiteres Mal die besondere Bedeutung der Spitzenkandidaten für das Abschneiden von CDU, SPD und FDP unterstrichen. In unserer Mediengesellschaft ist in Krisenzeiten die Kompetenz und Glaubwürdigkeit des Spitzenpersonals besonders gefragt, Erwartungen, die dieses Mal überwiegend enttäuscht wurden. Wolfgang G. Gibowski

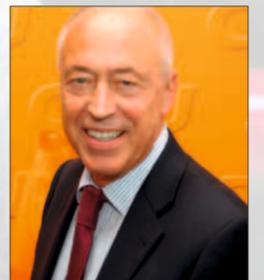


**Dieser Art aufbereitet kennt man Wahlergebnisse. Doch wie kommt es dazu? Was bedeuten sie?**



Grafiken: Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (oben), Chumwa in Wikipedia

Wolfgang G. Gibowski, Volkswirt und Politikwissenschaftler, Gründungsvorstand der Forschungsgruppe Wahlen, vormals wissenschaftliche Leitung der Wahlforschung des ZDF, 1991 bis 1998 stellvertretender Chef des Bundespresseamtes, 1999 bis 2003 Pressesprecher für die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, 2003 bis 2010 Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund im Rang eines Staatssekretärs, Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politik und Regieren in Deutschland und Europa an der Universität Potsdam.



# DAS MUSS SICH IN BERLIN ÄNDERN!

„Andere reden über Bürgerbeteiligung, wir setzen sie um“ – unter diesem Motto hat die CDU Berlin alle Berlinerinnen und Berliner zum offenen Dialog über ihr Programm zur Abgeordnetenhauswahl am 18. September eingeladen. Welches sind die drängendsten Probleme der Stadt, wo muss etwas getan werden? Vier Wochen lang hatten die Bürger Gelegenheit, über Internet und Telefon Probleme zu benennen, über deren Wichtigkeit abzustimmen und Lösungen vorzuschlagen. Unter den am meisten diskutierten Problemen sind folgende:

## Und täglich grüßt der Unterrichtsausfall



In Berlin sind knapp 1.500 Lehrer dauerhaft krank. Das Land Berlin ist mangels Verbeamtung der Lehrer als Arbeitgeber wenig attraktiv. Da trotzdem mit der Einstellung viel zu spät begonnen wird, können nicht sämtliche offenen Stellen von der Senatsverwaltung besetzt werden. Die Konsequenz ist permanenter Unterrichtsausfall an Berliner Schulen.

## Berlin ist die Hauptstadt der Kinderarmut

172.000 Kinder und Jugendliche waren 2010 in Berlin auf staatliche Hilfleistungen angewiesen. Damit ist Berlin zum fünften Mal in Folge die Hauptstadt der Kinderarmut. Das zeigt, dass der rot-rote Senat in seinem langjährigen Regierungshandeln keine Erfolge in der Armutsbekämpfung aufzuweisen hat. Obwohl sich insbesondere die mitregierende Linke rühmt, Berlin zur Modellstadt bei der Lösung sozialer Probleme gemacht zu haben, ist ein massives Gegensteuern gegen den sozialen Abstieg Berlins durch den rot-roten Senat nicht erkennbar.

## Berlin ist ähnlich verschuldet wie Griechenland

Der griechische Staat und seine Regionen waren per Ende 2009 mit etwa 115 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes verschuldet - und damit bei knapp dem Doppelten des Euro-Kriteriums von 60 Prozent. Auch Berlin ist hoch verschuldet und würde die Euro-Kriterien verfehlen. In der Zeit der rot-roten Regierung ist die Verschuldung Berlins fast um 70 Prozent von 39 auf 63 Milliarden Euro gestiegen. Allein die Zinslast aus dieser Rekordverschuldung trägt für den Berliner Haushalt jährlich 2,4 Milliarden Euro – bei historisch niedrigeren Zinsen!

## Verwahrlosung von Plätzen

Die Gegend rund um den Fernsehturm sowie Teile der City West (z.B. Breitscheid- und Hardenbergplatz) verwahrlosen zunehmend.

## Sanierungsstau an Berliner Schulen

Nach Berechnungen der Bezirke fehlen mindestens 500 bis 800 Millionen Euro für dringend notwendige Sanierungen. Jede zweite Schule hat Sanierungsbedarf.

## S-Bahn-Krise und kein Ende

Die S-Bahn stolpert von einer Notmaßnahme in den nächsten reduzierten Fahrplan. Information und Entschädigung für die geplagten Kunden gibt es nur schleppe und jeweils nur auf öffentlichen Druck. Das Krisenmanagement bis zu einer langfristigen stabilen Lösung muss verbessert werden. 77 Prozent der S-Bahnen hatten im vergangenen Jahr eine Verspätung von mehr als drei Minuten.

## Zunehmende Brutalität bei Straftaten

Die Gewaltbereitschaft in Berlin nimmt stetig zu. Die Brutalität erreicht erschreckende Ausmaße. Nahezu keine Woche vergeht, ohne Meldungen über lebensbedrohlich verletzte Opfer. Die Angst der Bevölkerung wächst. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote bei Gewalttaten mit 60 Prozent deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt und auch niedriger als in vergleichbaren Großstädten wie beispielsweise Hamburg.



## Berlins öffentliche Infrastruktur verfällt, doch der Senat kürzt die Mittel

Schulen, Straßen, Kindergärten – der Sanierungsbedarf an öffentlichen Gebäuden geht über die Milliardengrenze. 75 Prozent aller Berliner Straßen sind beschädigt.



## Berlin auf dem Spitzenplatz – bei der Arbeitslosenquote

Deutschlandweit ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren insgesamt erheblich zurückgegangen, in Berlin nicht. Aktuell sind 14 Prozent der Berlinerinnen und Berliner arbeitslos gemeldet. Damit hat die Hauptstadt fast doppelt so viele Arbeitslose wie im Bundesdurchschnitt (7,9 Prozent). Besorgniserregend ist auch die hohe Anzahl langzeitarbeitsloser Menschen. Gleichzeitig gibt es eine hohe Anzahl an freien Stellen, die nicht besetzt werden können, weil qualifizierte Personen fehlen.

## Lange Wartezeiten auf Arzttermine

Bis zu drei Monate müssen gesetzlich Versicherte in Berlin auf Behandlungstermine bei Fachärzten warten. Dies ist ein Ergebnis der SPD-Gesundheitspolitik im Bund und roten Entscheidungen in Berlin.

## Die Integrationsleistung vieler Zuwanderer wird nicht anerkannt

In Berlin leben etwa 872.000 Menschen mit Zuwanderungshintergrund. Viele von ihnen sind gut in das Leben unserer Stadt eingegliedert. Sie leisten als Ärzte, Polizisten, Handwerker, Händler, Arbeitnehmer und Unternehmer einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer Stadt. Sie identifizieren sich mit Berlin und unserem Land. Sie fördern als ehrenamtlich Engagierte unser Gemeinwesen. Oftmals rückt ihre Integrationsleistung in der öffentlichen Debatte aber in den Hintergrund. Die Diskussion um Probleme im Bereich der Integration überschattet oftmals die Anerkennung der Erfolge.

## Die Sorgen und Ängste der Einheimischen werden in der Integrationsdebatte oftmals nicht hinreichend berücksichtigt

Integration kann nur mit und nicht gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung gelingen. In Umfragen und öffentlichen Debatten äußern Einheimische häufig ihre Sorgen und Ängste vor Überfremdung, Ausnutzung des deutschen Sozialstaates, steigender Kriminalität und der sozialen Sprengkraft zwischen den Parallelschichten. So glauben nach einer Enquete-Umfrage etwa 51 Prozent der Deutschen, dass 70 Prozent der türkischen und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin nicht integrationsfähig sind.

## Berlins Wirtschaft wächst nicht nachhaltig genug

Mit Ausnahme von 2009 ist Berlins Wirtschaft seit 2005 zwar gewachsen, allerdings nie signifikant über dem Bundesstrend. Von der starken wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 hat Berlin mit einem Wachstum von 2,7 Prozent ebenfalls nur durchschnittlich profitiert.

## Seit 2006 hat sich die Zahl der Spielhallen verdoppelt

Um 100 Prozent hat die Zahl der Spielhallen seit 2006 zugenommen – meist befinden sie sich in der Nähe sozial schwacher Wohnviertel und bringen negativen Begleiterscheinungen (Spielsucht, Beschaffungskriminalität) für das Umfeld sowie zahlreichen Verstößen gegen Rauchverbot und Jugendschutzgesetz mit sich.

## Hundehaufen und kein Ende

Die Verschmutzung der Stadt durch Hundekot ist ein ständiges Ärgernis. 20.000 Tonnen Hundekot landen Jahr für Jahr auf Berlins Gehwegen und Grünflächen.

## Benachteiligung des Gymnasiums

Die Gymnasien werden in Berlin systematisch benachteiligt: Die Bildungseinheit von Klasse fünf bis zum Abitur wird durch die sechsjährige Grundschule zerstört. Der Gymnasialzugang wird nicht allein nach dem Leistungsprinzip geregelt, sondern 30 Prozent Plätze werden verlost. Die Gymnasien sind vom Lehrermangel überdurchschnittlich betroffen und die Ausstattung ist in beinahe allen Bezirken unterdurchschnittlich.

## Ohne A100 kein Anschluss für Nord- und Ostberlin

Ohne Verlängerung der A100 sind der Flughafen BBI und der Innovationsstandort Adlershof weiter schlecht an Berlins Mitte und Norden angebunden, Neukölln und Treptow-Köpenick leiden weiter unter Lärm und Dreck von 650.000 Fahrzeugen täglich und Berlin verliert 420 Millionen Euro Bundesmittel.

## Zunehmende Brutalität bei Straftaten

Die Gewaltbereitschaft in Berlin nimmt stetig zu. Die Brutalität erreicht erschreckende Ausmaße. Nahezu keine Woche vergeht, ohne Meldungen über lebensbedrohlich verletzte Opfer. Die Angst der Bevölkerung wächst. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote bei Gewalttaten mit 60 Prozent deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt und auch niedriger als in vergleichbaren Großstädten wie beispielsweise Hamburg.

FÜR BERLIN.

CDU

# Kopp (CDU): Deutliche Verbesserungen, aber noch Nachbesserungsbedarf



Der Bezirksbürgermeister aus Steglitz-Zehlendorf, Norbert Kopp, stand bereits seit Bekanntwerden der Flugrouten-Diskussion an der Seite der betroffenen Bürger im Berliner Südwesten (siehe Zeitungsausschnitt aus dem September). Die Berliner Rundschau sprach jetzt mit dem CDU-Politiker zu dem sich abzeichnenden Konsens zur Streckenführung

**BR:** Lärmschutzkommission hat sich auf einen Flugroutenvorschlag geeinigt. Können die Menschen im Südwesten Berlins mit dem Ergebnis leben?

**NK:** In der Tat hat sich die Fluglärmschutzkommission auf erste Flugroutenvorschläge geeinigt. Was den Südwesten Berlins anbelangt, so ist insbesondere die Abflugrichtung Westen von der Nordbahn von Bedeutung. Hier hat sich die Fluglärmschutzkommission auf Abflug geradeaus von der Nordbahn verständigt, was zu einer deutlichen Verbesserung gegenüber den

Vorschlägen vom 6. September 2010 geführt hat. Dennoch können wir mit dem Ergebnis insgesamt noch nicht restlos zufrieden sein, da entsprechend den aktuellen Plänen nach wie vor durch Flüge, die Richtung Norden oder Osten wollen, das südwestliche Gebiet Berlins, insbesondere Steglitz-Zehlendorf weiterhin überflogen wird. Hier bedarf es noch Nachbesserungen.

**BR:** War es hilfreich, dass die Fluglärmschutzkommission um Vertreter der Berliner Bezirke erweitert worden ist? Welche Punkte haben gerade Sie als Steglitz-Zehlendorfer ansprechen und durchsetzen können?

**NK:** Ja, es war hilfreich, dass die Fluglärmschutzkommission um Vertreter der Berliner Bezirke erweitert worden ist, insbesondere um Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg sowie Neukölln. Bereits im Dezember letzten Jahres habe ich als Bezirksbürgermeister von Steglitz-Zehlendorf einen Antrag in die Fluglärmschutzkommission eingebracht, der vorsah, dass von der Nordbahn aus bis zum Autobahnkreuz Potsdam geradeaus geflogen werden soll, und erst dann eine Aufteilung Richtung Norden oder auch Osten erfolgt. Dies hätte zur Folge, dass westlich um Potsdam herum statt oben über dicht besiedeltes Gebiet geflogen werden würde. Über diesen Antrag ist noch nicht abschließend entschieden worden.



Den Fluglärm des bisherigen Flughafens Schönefeld kennt man. Aber wie wird es nach der Eröffnung von Berlin-Brandenburg-International (BBI)?



**BR:** Wie bewerten Sie die Rolle, die Senat und Bundesregierung im Verlauf der Flugroutendiskussion gespielt haben?

**NK:** Ich bin der Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, sowie dem Bundesverkehrsminister, Herrn Peter Ramsauer, sehr dankbar dafür, dass sie schon sehr frühzeitig darauf hingewiesen haben, dass es im Zusam-

menhang mit den Flugrouten auch einen Vertrauensschutz gibt. Insofern unterstützten beide die Forderung, dass die am 6. September 2010 durch die Deutsche Flugsicherung vorgelegten neuen Flugrouten wieder vom Tisch müssen und es zurück zu den in den Planfeststellungsverfahren festgelegten Flugrouten kommen soll. Die Position des Regierenden Bürgermeisters, der die Demonstrationen der Bürgerinitiativen begrüßte, halte ich für wenig glaubwürdig. Ich bin überzeugt davon, dass der Regierende Bürgermeister als Vorsitzender des Aufsichtsrates von BBI sehr frühzeitig darüber Bescheid wusste, dass die im Planfeststellungsverfahren vorgesehenen Flugrouten nicht zum Zuge kommen und dass neue Flugrouten notwendig werden.

**BR:** Ihr Nachbarbürgermeister aus Potsdam fordert ein Überflugverbot für den Helmholtz-Forschungsreaktor in Wannsee. Was halten Sie davon?

**NK:** Lange bevor der Kollege Jan Jacobs aus Potsdam diese Forderung erhoben hat, habe ich bereits einen Antrag mit Datum vom 28. Januar 2011 in die Fluglärmschutzkommission eingebracht, der da lautet: „Die Deutsche Flugsicherung GmbH wird gebeten, bei der Planung der Abflug- und Anflugverfahren des Flughafens BBI Schönefeld den in Berlin-Wannsee im Helmholtz-Zentrum Berlin befindlichen Forschungsreaktor BER II in besonderer Weise zu berücksichtigen und möglichst weiträumig zu umfliegen.“ Insofern teilt der Kollege aus Potsdam meine Auffassung.

## Kultur pur im Abgeordnetenhaus

Wie kaum ein anderer in Berlin steht der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU), für eine engagierte Kulturpolitik. Nun machte er das Abgeordnetenhaus für 70 Regiestudenten aus aller Welt zur Bühne.



Dr. Uwe Lehmann-Brauns (2.v.r.) im Gespräch mit Rolf Hochhuth und Ines Geipel.

Dass es eine interessante Diskussion werden würde, war schon durch einen Blick auf die Teilnehmerliste klar. 70 Regiestudenten aus Frankreich, Russland und Berlin hatte der Kulturpolitiker Uwe Lehmann-Brauns Anfang März ins Abgeordnetenhaus eingeladen. Gemeinsam mit dem Intendanten der Schaubühne, Thomas Ostermeier, diskutierten die Anwesenden auf Englisch, Französisch, Russisch und Deutsch über Kulturpolitik und modernes Theater. Neben Ostermeier, der auch Gastgeber der inter-

nationalen Theaterfestivals F.I.N.D. ist, nahmen der Dramatiker Rolf Hochhuth, die Schriftstellerin und Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst in Berlin, Ines Geipel, und der russische Regisseur Kirill Serebrennikov (Bild unten 2.v.r.) an der Diskussion teil. „Eine sehr gelungene Veranstaltung“, freute sich Lehmann-Brauns, der im Januar dieses Jahres in den Vorstand der Ernst-Reuter-Gesellschaft für die Förderung von Wissenschaft und Forschung gewählt wurde. Man darf gespannt sein, wann es das nächste Mal so viel „Kultur pur“ im Abgeordnetenhaus geben wird.



# DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

# Union vor Ort

## GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

**Reinickendorf**  
Großkopfstraße 6-7, 13403 Berlin  
Tel.: 496 12 46, Fax: 496 30 53  
Email: info@cdu-reinickendorf.de  
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

**Spandau**  
Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin  
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23  
Email: info@cdu-spandau.de  
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

**Charlottenburg-Wilmersdorf**  
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin  
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50  
Email: info@city-cdu.de  
Internet: www.city-cdu.de

**Steglitz-Zehlendorf**  
Clayallee 349, 14169 Berlin  
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71  
Email: kontakt@cdusz.de  
Internet: www.cdusz.de

**Tempelhof-Schöneberg**  
Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin  
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74  
Email: service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de  
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

**Mitte**  
Levetzowstr. 10, 10555 Berlin  
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144  
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de  
Internet: www.cdumitte.de

**Pankow**  
Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin  
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377  
Email: kgs@cdupankow.de  
Internet: www.cdupankow.de

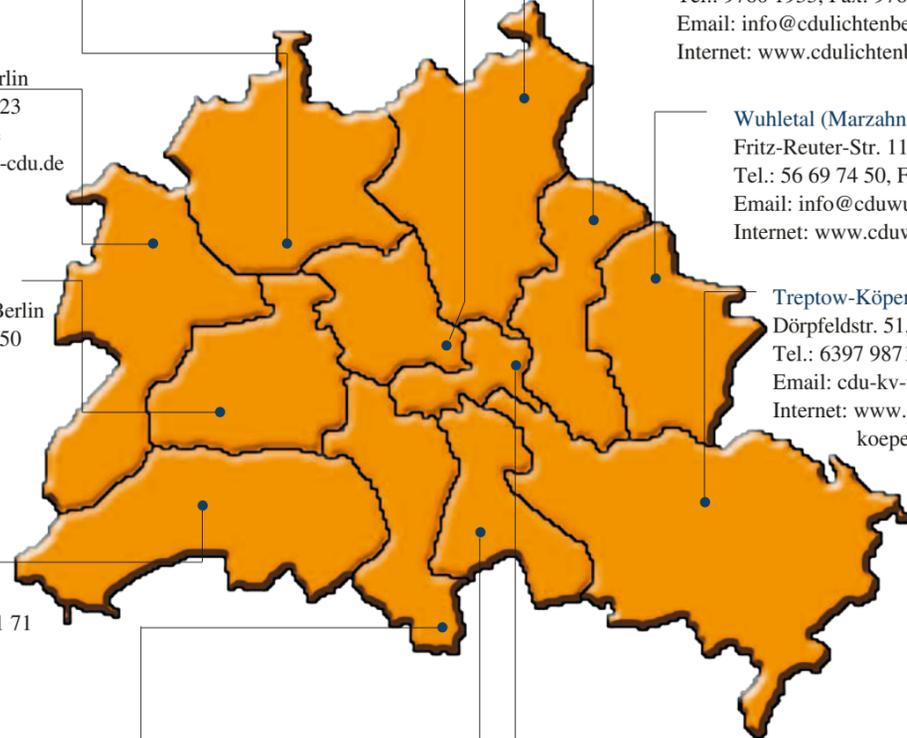
**Lichtenberg**  
Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin  
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928  
Email: info@cdulichtenberg.de  
Internet: www.cdulichtenberg.de

**Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)**  
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin  
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55  
Email: info@cduwuhletal.de  
Internet: www.cduwuhletal.de

**Treptow-Köpenick**  
Dörfeldstr. 51, 12489 Berlin  
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872  
Email: cdu-kv-tk@arcor.de  
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

**Friedrichshain-Kreuzberg**  
Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin  
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582  
Email: info@friedrichshain-kreuzberg-cdu.de  
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de

**Neukölln**  
Donaustr. 100, 12043 Berlin  
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41  
Email: info@cdu-neukoelln.de  
Internet: www.cdu-neukoelln.de



## Fit fürs Mandat

Infos und Anmeldung unter:  
Telefon: 030 - 20 45 09 32  
info@kbb-berlin.de

### Mit Reden überzeugen

Wer die Regeln der politischen Rhetorik beherrscht, ist immer im Vorteil. Wer reden kann, wirkt souverän, überzeugt und gewinnt andere Menschen für sich. In kritischen Situationen das richtige Wort und den richtigen Ton zu finden, ist eine besondere Fähigkeit.

**Termine:**  
4. Juni 2011 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr  
4. Juni 2011 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr  
**Referent:**  
Jörg Max Fröhlich, Kommunikationstrainer

### Mit Bildern bewegen

You Tube ist das Portal im Internet zum Hochladen eigener Videos. Wie kann ich meine eigenen kurzen Videos erstellen? Von der Konzeption zur Umsetzung – in diesem Workshop steht das Selbermachen im Vordergrund. Ein Video drehen, schnell bearbeiten, und ins Internet einstellen.

**Termine:**  
30. April 2011 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr  
30. April 2011 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr  
**Referent:**  
Jan Peter Luther, Journalist und Medienproduzent

### CDU Moabit beim Warmen Otto

Die CDU Moabit führte Ende März einen Besuch bei der Wohnungslosentagesstätte „Warmer-Otto“ der



Berliner Stadtmission durch und übergab für die Küche der Einrichtung eine Obstspende (auf Foto der Vorsitzende der CDU Moabit, Volker Liepelt mit der Mitarbeiterin Dorothea Benbelgacem). Über 100 Besucher täglich nutzen diese soziale Einrichtung, in der sie eine kostenlose Mahlzeit erhalten können.

### „Wut-Kiez gegen Drogenknast“

Unter dem Motto „Einsatz im Wut-Kiez von Lichtenrade“ lud das Berliner-Kurier-Mobil den Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak zur öffentlichen Diskussion ein.



Größte Sorge der Anwohner war das Thema Drogenknast. Denn: Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) plant, die über 60 Inhaftierten der Drogenfachabteilung der Jugendstrafanstalt Plötzensee in den Untersuchersuchungshaftbereich Kieferngrund in Lichtenrade zu verlegen. Luczak, auch Vorsitzender der CDU-Lichtenrade, versicherte, dass er sich mit entschieden gegen diese Pläne wehren werde. Bereits frühzeitig hatte die CDU dazu unter anderem Thomas

Goiny, den Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Strafvollzug Berlin, sowie Anwohner zu einer Diskussion eingeladen. Der Experte bestätigte die Befürchtungen.

### Mitmachen beim Frühjahrsputz in Reinickendorf

In einer Aktion „Sauberes Reinickendorf“ ruft Bezirksbürgermeister Frank Balzer (CDU) alle auf, sich am Frühjahrsputz zu beteiligen. Unterstützt wird die Kampagne von der Firma Wall, die City-



Light-Plakate zur Verfügung stellt, der Vattenfall AG, der Telekom und der BSR, die sich aktiv an der Aktion beteiligen. Für ein sauberes und attraktives Stadtbild wird der Bezirk in den nächsten Wochen von Müll, Graffiti und Wildplakatierungen befreit. Zudem sorgen 140.000 Frühblüher für Frühlingsstimmung in Reinickendorf.

### 3.000 Unterschriften für Regionalbahnhof Karlshorst

Der rot-rote Senat beabsichtigt, den Regionalhaltepunkt am Bahnhof Karlshorst spätestens im Jahr 2016 stillzulegen. Der CDU-Ortsverband Karlshorst hat deshalb mit ihrem Wahlkreis kandidaten Fabian Peter (links auf dem Bild) eine Unterschriftensammlung für den Erhalt des



Regionalbahnanschlusses gestartet und innerhalb eines Monats

mit mehreren Aktionsständen und 15 Auslagestellen im Ortsteil über 3.000 Unterzeichner dafür gewinnen können. Die CDU hat einen Antrag hierzu ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Mehr Infos sind unter [www.proregio-karlshorst.de](http://www.proregio-karlshorst.de) nachzulesen.

### Integration im deutschen Interesse

Rund 60 Gäste diskutierten auf Einladung des Gropiusstädter Vorsitzenden Christopher Kroll (Bild rechts) gemeinsam mit Burkard Dregger (links) über die Integrationspolitik. Der Berliner Rechtsanwalt Dregger, dem der Bezirk Neukölln durch den Flaggenstreit an der Sonnenallee während der Fußball WM 2010 bestens



bekannt ist, ist Autor des Integrationspapiers der CDU Berlin „Gemeinsinn und Leistung“. Dregger nannte zwei Hauptziele: Zuwanderer sollen Leistungsträger werden, nicht aber Leistungsempfänger. Zudem sollen Zuwanderer sich mit Deutschland und den deutschen Grundwerten identifizieren, damit Gemeinsinn entsteht und die Überfremdungssängste schwinden (Foto Blum).

### Kulturesprächskreis besucht Nuntiatur

Vor kurzem konnte Monika Grütters erneut eine Gruppe kulturinteressierter Mitglieder zu einem ihrer Kulturespräche einladen.



Gemeinsam mit ihren Gästen ließ sich Monika Grütters von Prälat Dr. Ewald Nacke (Bild) durch die Apostolische Nuntiatur des Vatikans führen, die für den Heiligen Stuhl die Aufgaben einer diplomatischen Vertretung in Deutschland wahrnimmt. Neben einer Führung durch das eindrucksvolle Gebäude war es den Besuchern auch wichtig, mehr über den anstehenden Besuch des Papstes zu erfahren.

### Steglitzer Schüler im Verteidigungsministerium.

Nur einen Tag nach dem Rücktritt von Minister zu Guttenberg, besuchten auf Einladung von Karl-Georg Wellmann über 40 Schüler aus Steglitz das Bundesministerium der Verteidigung. Die ursprünglich für 90 Minuten ange-setzte Diskussion dauerte am Ende drei Stunden, so zahlreich waren die Fragen, so groß das Interesse der Jugendlichen an der Bundeswehr.



### Edeltraut Töpfer wieder FU-Vorsitzende

Edeltraut Töpfer wurde auf dem Landesdelegiertentag der Frauen-Union in ihrem Amt bestätigt. Zu ihren vier Stellvertreterinnen wurden Marion Halten-Bartels, Christine Nünthel, Katrin Schultze-Berndt und Monika Thamm mit überzeugender Mehrheit gewählt. Die Frauen-Union Berlin sieht ihre besondere Aufgabe darin, die Entlohnungsgleichheit zwischen Männern und Frauen in Deutschland zu erreichen. (Foto Sommerfeld v.l.n.r.: Thamm (hinten), Halten-Bartels, Töpfer, Schultze-Berndt, Nünthel)



# Freiwilligentätigkeit und Ehrenamt im Fokus

Das UNIONHILFSWERK präsentiert Fotoausstellung zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit

„Mein Mann ist auch froh, mich untergebracht zu wissen“. Das sagt Rentnerin Brigitte Herrmann, die sich als ehrenamtliche Datenbankordinatorin im Freiwilligenzentrum „Sternfischer“ engagiert. Daphne Hering, Deutsch-Türkin aus Mitte und aktiv als Mentorin im Projekt „Hürdenspringer“, ist überzeugt: „Ich lerne eine ganze Menge über mich selbst.“ Und Rebecca Ewert, die Bewohnern im Pflegewohnheim vorliest, findet: „Man hat irgendwie ein gutes Gefühl dabei.“

Drei Gesichter, drei Geschichten, drei Bilder von Menschen, die sich in ihrer Freizeit bürgerschaftlich engagieren, zu sehen in der Fotoausstellung „Wir für Menschen in Berlin“, die noch bis Anfang Juni in der Hauptverwaltung des UNIONHILFSWERK zu sehen ist. Daniel Büchel, Projektleiter Freiwilligenmanagement, beschreibt das Anliegen: „Wir wollen zeigen,

wie vielfältig die Möglichkeiten sind, sich im UNIONHILFSWERK sozial zu engagieren. Besonders jetzt, im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, ist es wichtig, Menschen in den Mittelpunkt zu rücken, die ihre Zeit spenden.“

So fing der Berliner Fotograf Bernd Brundert das freiwillige Engagement im UNIONHILFSWERK ein. Ob Lebens- und Sterbebegleitung, Jugendmentoring oder Freizeitbegleitung von Menschen mit Behinderung – entstanden sind beeindruckende Momentaufnahmen, die Einblicke in die engagierte Arbeit der freiwilligen und ehrenamtlichen Mitarbeiter geben. Stefanie Beerbaum, Projektleiterin im Freiwilligenzentrum STERNFISCHER der UNIONHILFSWERK-Tochter USE, begleitete im Bezirk Treptow-Köpenick sozial engagierte Männer und Frauen über Monate mit der Kamera. Herausgekommen ist die über Bezirksgrenzen hinaus erfolgreiche und sehr persönliche Ausstellung „Ehrenamt in Treptow-Köpenick. Viele Gesichter, viele Geschichten“.



Insgesamt 850.000 Menschen engagieren sich derzeit in Berlin für die Gesellschaft. Und auch im UNIONHILFSWERK gehört freiwilliges Engagement und Ehrenamt von Beginn an zu den Grundpfeilern der sozialen Arbeit. Mehr als 600 freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeiter schenken ihre Freizeit sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen, engagieren sich für Menschen mit Behinderung oder für alte und sterbende Menschen. 63.000 Stunden an Zeitspenden kamen so allein im Jahr 2010 zusammen. Außerdem bieten Ehrenamtliche in den 20 Bezirksverbänden des Unionhilfswerk Landesverbandes e.V. ein abwechslungsreiches Veranstaltungs- und Informationsangebot für Interessenten aller Altersgruppen an.

*Bis zum 3. Juni 2011  
montags bis freitags 9-16 Uhr  
in der Richard-Sorge Straße 21 a,  
10249 Berlin.*

## IMPRESSUM

CDU-Landesverband Berlin,  
Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin  
Tel.: 030 - 32 69 04-0  
Fax: 030 - 32 69 04-44

REDAKTIONSLEITUNG:  
Bernd Krömer

CHEFREDAKTEUR:  
Dirk Reitze

REDAKTION:  
Ada Wendel, Frank Marten,

Malte Priesmeyer, Jennifer  
Hampel, Daniel Cywinski

LAYOUT und PRODUKTION:  
BerlinMedia GmbH  
Tel.: 030 - 47 888 0

BILDNACHWEIS  
von oben links nach unten rechts:  
S. 1: istock Frentuscha,  
2x Reitze;  
S. 2 - S. 10: Reitze;  
S. 11: privat, Abgeordnetenhaus  
von Berlin;

S. 14: 2x UHW, Reitze;  
S. 15: 5x privat, Maaßen;  
S. 16: Reitze

Für nicht angeforderte  
Manuskripte wird keine Haftung  
übernommen. Namentlich  
gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion wieder. Bezugspreis  
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Erscheinungsweise: Erscheint  
einmal im Quartal



# Aus dem Bundestag



Wegner begrüßt Vorgehen  
gegen Wischtrupps

Kaum ein Autofahrer in Berlin hat noch nicht Bekanntschaft mit den illegalen „Wischtrupps“ gemacht. Sie wischen ungebeten die Windschutzscheibe. Wer nicht bezahlt wird oft mit Schmutzwasser bespritzt oder sogar bespuckt. Zur jüngsten Initiative des Berliner Senats erklärt der Vorsitzende der Landesgruppe Berlin in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Kai Wegner: „Ich begrüße die Initiative des Berliner Senats, endlich gegen diese Putz-Erpresser vorzugehen, ausdrücklich.“



Denn auch die Polizeistatistik belegt, dass die Auffälligkeiten an stark frequentierten Verkehrsknotenpunkten mit aggressiven Fensterputzern deutlich zugenommen haben. Daher ist die Aufnahme und Speicherung der Identität der Scheibenputzer ein richtiger Schritt.“ Wegner hatte bereits im vergangenen Jahr den Regierenden Bürgermeister Wowereit schriftlich aufgefordert etwas zu unternehmen, damals wurde ihm noch bescheinigt, dass es keine Handhabe gebe. Wegner: „Der Senat ist nun aufgefordert, diese neue Richtlinie selber ernst zu nehmen und auch mit entsprechendem Leben zu füllen. Die Polizei sollte für diese besondere Aufgabe zusätzliches Personal erhalten. Denn nur, wenn die Kontrolldichte verstärkt wird, kann es zu der gewünschten Abschreckung kommen!“

Monika Grütters stellt  
Anerkennungsgesetz vor

Am Dienstag, 24. März 2011, stellte Monika Grütters interessierten Bürgerinnen und Bürgern in ihrem Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf das geplante Gesetz zur verbesserten Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse vor. Neben einer verstärkten Berücksichtigung der gesammelten Berufserfahrung sollen auch festgestellte Defizite einfacher auszugleichen sein. Die Ab-



geordnete sagt den Anwesenden außerdem zu, dafür zu werben, dass auch die Länder - vor allem für das Lehramt - die Gesetzinitiative des Bundes übernehmen (Bild: von links: Monika

Grütters, MdB, Sergej Henke und Dirk Altenburg von der CDU Wuhletal).

Keine Flugschneisen  
über Berlin!

Die Flugschneisen für BBI sollten über Berlin führen. Unsere Lebensqualität wäre massiv beeinträchtigt. Die Flughafengesellschaft hat dies jahrelang vertuscht und behauptet, Berlin werde umflogen. Karl-Georg Wellmann, MdB aus Steglitz-Zehlendorf, kämpft mit den Bürgerinitiativen gegen Fluglärm. Auf seine Initiative unterstützen Verkehrsminister Ramsauer und die Bundeskanzlerin das Anliegen der Bürger. Dieser Druck hat schon jetzt zu wesentlichen Verbesserungen geführt.



Die mangelnde wohnortnahe Ärzteversorgung

Vogelsang kämpft für wohnortnahe  
Ärzteversorgung

ist in vielen Gegenden Berlins zu einem großen Problem geworden. Die Koalition im Deutschen Bundestag hat nun ein Versorgungsgesetz eingebracht, das unter anderem die Versorgungssicherung und die Versorgungsqualität verbessert. Damit die Reform auch genau bei den Problemen ansetzt, nutzt die Neuköllner Bundestagsabgeordnete und Gesundheitsexpertin Stefanie Vogelsang Expertise der in Neukölln niedergelassenen Ärzte und wird diese in die Beratungen einfließen lassen. Im Rahmen der Veranstaltung „Neuköllner Gespräche“ im Deutschen Bundestag Anfang April konnten die niedergelassenen Ärzte ihre Sicht der Dinge deutlich formulieren. Der Vorsitzende der AG Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, stellte sich in diesem Fachgespräch den Fragen und Aufforderungen der Ärzte. „In versorgungsschwachen Regionen wie Neukölln, wo es an Fachärzten fehlt, weiß man am Besten, was für eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation zu tun ist“, meint Stefanie Vogelsang. „Auf dieses Fachwissen können wir nicht verzichten.“



Wulff kommt zum Handball  
nach Reinickendorf

Im Rahmen einer Sitzung des Sportausschusses besuchte Dr. Frank Steffel, Sportpolitiker und Präsident der Reinickendorfer Füchse, den Bundespräsidenten Christian Wulff im Schloss Bellevue. Sie tauschten sich intensiv über die Bedeutung des Ehrenamts sowie des Breiten- und Jugendsports aus. Einig waren sie sich auch bei der Bedeutung des Vereinssports, insbesondere für den sozialen Zusammenhalt und die Integration in einer Metropole wie Berlin. Der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete lud nach dem zweieinhalbstündigen Besuch den Bundespräsidenten zu einem Heimspiel der Füchse ein. Christian Wulff sagte begeistert zu, die Handballer gemeinsam mit seiner Familie zu unterstützen.



Kein kurzer  
Prozess mehr

Ohne eine mündliche Verhandlung können Zivilgerichte künftig nicht mehr so leicht eine Berufung abschmettern. Wehren konnte sich der Kläger bislang dagegen nicht. Diese Regelung, die 2001 durch die rot-grüne Bundesregierung geschaffen wurde, wird seit ihrer Einführung massiv kritisiert, da oft der Rechtsschutz unangemessen verkürzt wird. „Zum Glück ist mit diesem rechtsstaatlich bedenklichem Zustand jetzt Schluss“, sagte der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak, der als Mitglied des Rechtsausschusses für den jetzt vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung zuständig ist. Luczak: „Mir ist wichtig, dass die Menschen zu ihrem Recht kommen. Dazu gehört, dass man seine Argumente vor Gericht mündlich vortragen kann und die Möglichkeit besteht, sich gegen Entscheidungen des Gerichts zu wehren.“ Diese Kritik des Rechtspolitikers greift der Gesetzentwurf nun auf.



# MEHR ALS NUR BEMALTE EIER



Wenn am Ostersonntag in Rom auf dem Petersplatz der Apostolische Segen „urbi et orbi“ gesprochen wird, werden wieder viele hundert Millionen Menschen vor den Fernsehgeräten oder dem Radio sitzen und sich vom Zuschauen und Zuhören bei diesem Ereignis den Ablass ihrer Sünden versprechen.

Weniger gläubige Menschen sind dem nicht zugänglich und wenden sich häufig anderen Ostertraditionen zu. Denn die Liste der Ostertraditionen ist lang und einigermaßen skurril, wie man bemerken muss. Von bemalten Eiern, die ein vermenschlichter Osterhase versteckt, Frühjahrssträußen und Osterlämmern weiß man mittlerweile in ganz Mitteleuropa zu berichten. Rituale, wie das betörende Osterwasser für den Angebeteten, das Verzehren von Innereien oder anderen „Osterspeisen“ gehören aber in manchen Landstrichen genauso dazu, wie das Werfen von Eiern über den Dachfirst oder das orakelhafte Abschälen eines Apfels. Viele Traditionen gründen sich dabei auf heidnische Fruchtbarkeitsrituale der wiedererwachenden Natur, die sich über die Jahrhunderte erhalten haben.



Die Vielzahl der Traditionen macht aber auch deutlich, dass sie jeweils nur einem kleineren und lokalen Kulturkreis zuzuordnen sind. Dagegen ist der Ostersegen aus Rom ein weltweites Zeichen für die mit dem christlichen Glauben verbundenen Werte.

Das christliche Ostern steht für neues Leben: „Der Herr ist wahrhaftig auf-erstanden“ heißt es weltweit noch heute in vielen Kirchen zur Eröffnung des Ostergottesdienstes, angelehnt an das Zitat aus dem Lukasevangelium. Da die österliche Freudenzeit nach dem Zeugnis des Neuen Testaments am frühen Morgen des ersten Tages der Woche mit der Entdeckung des leeren Grabes Jesu begann, endet die Osternachtliturgie zum Sonnenaufgang mit der Feier der Eucharistie, dem Abendmahl. Die Morgenröte, das Erscheinen des Lichts nach finsterner Nacht, ist in vielen Kirchenliedern, literarischen Werken und künstlerischen Darstellungen wiederkehrendes Symbol für die Auferstehung Christi und die kommende Auferstehung aller Menschen. Und so versteht sich denn auch die vor den Rundfunk- und Fernsehgeräten versammelte Gemeinde als die riesengroße Kundgebung für das Leben und für eine friedvolle Welt.

INFO-  
COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin:  
Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden:  
Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin  
Tel.: 030.32 69 04-0 • Fax: 030.32 69 04-44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen. **CDU**